



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll

### 181. Ratssitzung vom 12. Januar 2022

4835. 2020/183

**Postulat von Elisabeth Schoch (FDP), Sebastian Vogel (FDP) und 9 Mitunterzeichnenden vom 13.05.2020:**

**Konsolidierung aller Umweltschutzaktivitäten und Priorisierung der Massnahmen, die messbare CO<sub>2</sub>-Reduktionen erzielen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

*Dr. Frank Rühli (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2460/2020): In Abwesenheit von Elisabeth Schoch (FDP) stelle ich dieses Postulat basierend auf ihren Argumenten vor. Das Ziel ist, die Beratung und die Umweltschutzaktivitäten in der Stadtverwaltung zu konsolidieren und nach messbaren Resultaten Massnahmen zu priorisieren. Was inzwischen bei der Anbindung von Liegenschaften ans Fernwärmenetzwerk möglich ist, nämlich die Zusammenarbeit von verschiedenen Abteilungen inklusive der ausgegliederten Energie 360° AG, soll bei den Dienstleistungen ebenfalls möglich sein: sodass verschiedene städtische Abteilungen Hand in Hand zusammenarbeiten, ohne sich gegenseitig zu konkurrenzieren. Im Dienst der Bevölkerung, die nicht nur bei Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ), beim Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGZ) und bei Grün Stadt Zürich (GSZ) unterschiedliche Informationen erhalten und dann nicht mehr wissen, wo sie welche und die beste finanzielle Unterstützung erhalten. Wir bitten Sie, das Postulat zu unterstützen. Die Textänderung der SVP nehmen wir an.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

*STR Andreas Hauri: Das vorherige Votum hat wenig mit diesem Postulat zu tun. Das Postulat spricht von Volksbelehrung, es spricht davon, dass es zu viele Vorstösse und Massnahmen gäbe, die nichts bringen sollen. Das Postulat lehnen wir im Stadtrat ab, weil wir bereits klar priorisiert haben, welche Massnahmen wir in den nächsten Jahren umsetzen wollen. Wir haben die effektivsten Massnahmen schon mehrfach vorgestellt: den Ersatz fossiler Heizungen entsprechend energetischen Optimierungen und den Ausbau der Beratungsleistungen, den Ausbau von Fernwärme, den alternativer Antrieb bei den eigenen Fahrzeugen, klimapriorisierte Beschaffung, klimafreundliche Verpflegung in den städtischen Betrieben und nicht zuletzt das Klimaforum, das als Impulsgeber und Multiplikator dient. Es wurde auch aufgegriffen, dass man die zehn Stellen im UGZ überdenken soll. Wir haben diese Stellen effizient eingesetzt und die Resultate sind bereits deutlich spürbar. Wir hatten beispielsweise im Jahr 2020 bei den Energie- und Heizungsberatungsleistungen 286 Beratungen durchgeführt, während im Jahr 2021 bereits 900 Erstberatungen in Anspruch genommen wurden; davon 580 vertiefte Bera-*



2 / 4

*tungen. Diese Beratungen sind nicht in zehn Minuten getan, sie sind aber sehr nachhaltig, weil man den Eigentümern hilft, möglichst rasch auf die richtige Lösung umzustellen. Es ist sehr viel geschehen in den letzten Monaten in den verschiedenen Umwelt- und Klimabereichen. Ich möchte auf keinen Fall, dass wir dies in Frage stellen, im Gegenteil: Wir werden in den nächsten Monaten einen Zacken zulegen. Von daher erachte ich das Postulat als unnötig und bremsend und bitte Sie entsprechend abzulehnen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Sofia Karakostas (SP):** *Mit diesem Postulat soll vom Stadtrat geprüft werden, wie alle Umweltaktivitäten konsolidiert und jene Massnahmen prioritär behandelt werden können, die messbare CO<sub>2</sub>-Reduktionen erzielen. Die Postulantinnen und Postulanten begründen den Vorstoss so, dass nicht alle Projekte, die im Rahmen der Klimapolitik der Stadt Zürich angestossen oder bewilligt worden sind, als zielführend erachtet werden. Dies müsse ihrer Meinung nach noch einmal überdacht oder ganz gestoppt werden. Weiter fordern sie, nur das Nötigste zu machen und den Rest wegzulassen. Vor allem haben sie es auf die bereits bewilligten zehn Stellen im UGZ abgesehen. Diese werden von den Postulantinnen und Postulanten in Frage gestellt. Ich frage mich, wie genau beurteilt werden soll, was das Nötigste ist und wie lange es dauern würde, um messbare CO<sub>2</sub>-Reduktionen wissenschaftlich fundiert zu ermitteln, und dies in einer Zeit, in der wir mit den Klimaschutzmassnahmen hinterherhinken. Jede Verzögerung von bereits beschlossenen Massnahmen würde sich negativ auf das Netto-Null-Ziel der Stadt Zürich auswirken. Wenn es um die Sache des Klimaschutzes geht, verstehe ich dieses Postulat nicht. Worum genau geht es der FDP? Trotz laufender Klimaschutzmassnahmen der Stadt schreitet der Klimawandel voran. Dies betrifft auch unsere Stadt. Deswegen müssen die Treibhausgasemissionen deutlich schneller reduziert werden, um das ambitionierte Klimaschutz Netto-Null-Ziel in den kommenden Jahren zu erreichen. Aus diesen Gründen wird die SP das Postulat ablehnen.*

**Walter Anken (SVP)** stellt folgenden Textänderungsantrag: *Der Stadtrat wird aufgefordert, Umweltschutzaktivitäten zu konsolidieren. Ich weiss nicht, was daran so schlimm ist. Wenn wir Massnahmen ergreifen, sollten wir wissen, was sie an CO<sub>2</sub>-Reduktion tatsächlich bringen. Mit zehn Leuten vier Mal mehr Beratungen, das war eine sonderbare Aussage, die STR Andreas Hauri vorhin gemacht hat. Die Begründung: Durch Priorisierung sollen mit knappen finanziellen Mitteln dieselben Wirkungen erzielt werden, wie wenn man unter normalen wirtschaftlichen Zeiten leben soll. Wir sind in einer Corona-Krise. Wir wissen alle nicht, wie lange diese Wirtschaftskrise anhalten wird. Wir wissen nicht, wo wir in einem Jahr sein werden. Wir haben keine normalen wirtschaftlichen Zeiten und das Postulat möchte nichts anderes, als dass wir die Massnahmen prioritär behandeln und wir das realisieren sollen, was messbare CO<sub>2</sub>-Reduktionen bringt. Die SVP hat eine Textänderung eingebracht. Der Stellenausbau soll überdacht werden; auch das ist in einer Krisenzeit vernünftig. Weiter ist die Rede von Doppelspurigkeiten bei der Beratung von Unternehmen und Hauseigentümern. In Wirtschaftskrisen kann man auch erwarten, dass man diese Doppelspurigkeiten sucht und eliminiert, damit Kosten gespart werden können. Das, was STR Andreas Hauri aufgezählt hat, ist ein bunter Blumenstrauß. Es macht Sinn, diesen zu konsolidieren. In Anbetracht der Corona-bedingten*



*Wirtschaftskrise sollten die Aktivitäten umgesetzt werden, die eine signifikante, messbare CO<sub>2</sub>-Reduktion haben. Die SVP unterstützt das Postulat mit oder ohne Textänderung.*

**Nicolas Cavalli (GLP):** *Wir lehnen das Postulat mit oder ohne Textänderung ab. Erstens existiert eine departementsübergreifende Umweltdelegation, die unter anderem zur Aufgabe hat, dass sie die Umweltschutzbestrebungen der städtischen Verwaltung konsolidiert. Das trägt dazu bei, dass Doppelspurigkeiten vermieden werden und die Dienstleistungsqualität gegenüber Bürgerinnen und Bürgern erhöht wird. Das ist ganz im Sinn des Postulats und deshalb erfüllt. Zum zweiten wird im Postulat moniert, dass im Rahmen unserer Klimaschutzdebatte viele Projekte angestossen worden seien, die Informationsbeschaffung, Analysen und «Informationen der Bevölkerungen (Volksbelehrung)» beinhalten. Klimaschutz, Veränderung und das Aushandeln, wie wir damit umgehen, ist ein komplexes Unterfangen. Informationsbeschaffung, Analyse und der Dialog mit der Bevölkerung sind wichtige Bestandteile in diesem Prozess. Mit Blick auf die Akzeptanz und die Mitwirkung von uns allen bei der Erreichung unserer Umweltziele ist es wichtig, dass sich die Bevölkerung ein differenziertes Bild vom Nutzen und den möglichen Konsequenzen von Massnahmen machen kann. Drittens: Einige Zeit bevor die FDP-Vertreterinnen das Postulat eingereicht haben, hatte die FDP-Fraktion ein anderes Postulat GR. Nr. 2019/135 eingereicht, in dem es um die Überprüfung von städtischen Klimazielen ging. In der Begründung kann unter anderem folgendes gelesen werden: «Akzeptanz und Mitwirkung einer breiten Bevölkerung spielen bei politischen Zielerreichungen in einer Demokratie naturgemäss eine wichtige Rolle. Das heute breit abgestützte Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft soll daher nicht leichtfertig und überhastet ersetzt werden, ohne sich dem Nutzen wie auch den Konsequenzen für die Umwelt, Wohlstand und Lebensqualität bewusst zu sein. Von einer weiteren Anpassung oder Verschärfung der Zielsetzung ist es daher unabdingbar, dass sich eine breite Bevölkerung ein differenziertes, objektives Bild machen kann.» Das ist sehr widersprüchlich im Zusammenhang mit dem vorliegenden Postulat, daher lehnen wir das Postulat ab.*

**Michael Schmid (FDP):** *Weil wir das Netto-Null-Ziel bis ins Jahr 2040 unterstützen und einen wirksamen Klimaschutz verlangen, fordern wir diese Priorisierung und die effiziente Nutzung dieser Mittel ein. Ökonomische und soziale Nachhaltigkeit braucht es. Wir müssen neu denken, sodass das Notwendige priorisiert und auf Wunschbedarf verzichtet wird. Über den Hinweis und die Elogen von Nicolas Cavalli (GLP) auf die Umweltdelegation des Stadtrats habe ich gestaunt. Unsere beiden Fraktionen haben bei der Diskussion um Verwaltungsreformen durchaus immer eingefordert, dass es ein Fehler ist, Doppel-, Dreifach- und Vierfachspurigkeiten in den verschiedenen Departementen zu fahren. Im Bereich Klimaschutz sehen wir, dass jedes Departement und teilweise auch Dienstabteilungen innerhalb von Departementen versuchen, Klimaschutz und Netto-Null neu für sich zu erfinden. Ich würde vorschlagen, einen Anstoss zu geben, den dringend notwendigen Prozess auszulösen und über die Bücher zu gehen.*

Dr. Frank Rühli (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden.



4 / 4

**Angenommene Textänderung:**

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie alle Umweltschutzaktivitäten konsolidiert werden können, und jene Massnahmen prioritär behandelt werden, welche signifikant messbare CO<sub>2</sub>-Reduktionen erzielen.

Das geänderte Postulat wird mit 39 gegen 75 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat